

# Neue Häuser am Björnsonweg geplant

Ordentliche Wohnungen für Geflüchtete: **B-Plan Blankenese 52** soll es möglich machen

GABY PÖPLEU, BLANKENESE

Es droht wieder Ärger am Björnsonweg: Das Bezirksamt Altona präsentierte im Planungsausschuss seine Vorstellungen, wie es mit der dortigen Flüchtlingsunterkunft weitergehen soll. Der Inhalt des B-Plans in Vorbereitung „Blankenese 52“ dürfte einigen Anwohnern – sie hatten sich heftig gegen die Unterkunft gewehrt – übel aufstoßen: Die neun Leichtbau-Mehrfamilienhäuser aus dem Jahr 2017 sollen zwar 2023 wie vorgesehen abgerissen werden. Doch das Gelände soll danach nicht wieder aufgeforstet sondern mit Sozialwohnungen bebaut werden, in denen Menschen mit **geringem** Einkommen, darunter die schon jetzt am Björnsonweg wohnenden und gut eingegliederten Flüchtlinge unterkommen könnten.

Schon im vergangenen August war bekannt geworden, dass auf der Fläche am Ende des Björnsonweges wohl nicht wie



Sollen auf jeden Fall weg: Die grünen Häuser ganz am Ende des Björnsonweges.

FOTO: PATRICK SUN

der Bäume gepflanzt werden. Stattdessen sollen als Ersatz für die Leichtbauhäuser solide Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von 3.500 Quadratmetern entstehen – ebensoviel, wie im Moment vorhanden ist. Es sollen zu 100 Prozent von der Stadt geförderte Wohnungen (und nicht der übliche Drittelmix aus Eigentums-, Miet- und Sozialwohnungen) gebaut werden.

Die Begründung: Da die Integration der Flüchtlinge in Blankenese gut gelungen sei, sollen sie die Möglichkeit bekommen,

in ihrer Umgebung wohnen zu bleiben. Der für die Bebauung abgeholzte Wald soll „orts- und funktionsnah“, also innerhalb Hamburgs, wieder angepflanzt werden und nicht außerhalb, wie im vergangenen August diskutiert. Als Grün-Ausgleich für die Anwohner soll das bisherige als „Grabeland“ bezeichnete Kleingartengelände im B-Plan dauerhaft als Grünfläche gesichert werden.

Warum einige Anwohner sauer sind

3

# Neue Häuser am Björnsonweg geplant

FORTSETZUNG VON SEITE 1

**Hintergrund:** Anwohner des Björnsonweges hatten sich vor Jahren heftig gegen eine Flüchtlingsunterkunft gewehrt, offiziell, weil dort Wald vernichtet würde. Sie zogen vors Verwaltungsgericht und hatten teilwei-

se Recht bekommen. Die Stadt musste wegen eines Verfahrensfehlers klein beigeben und einen Vergleich mit den Anwohnern schließen, in dem – zumindest nach Ansicht der Anwohner – die Befristung der Flüchtlingsunterkunft bis 2023 und die anschließende Wiederaufforstung

festgeschrieben wurden.

Bezirksamtsleiterin Stefanie von Berg sieht das allerdings anders. Nach ihrer Lesart ermöglicht der Vergleich nach dem Abriss durchaus eine neue Bebauung – sollte es gelingen, bis 2023 einen rechtskräftigen B-Plan aufzustellen.